

Jahres-KDK am 15.7.2026

Antragsteller: Raphael Fechler, Regina Schmidt-Kühner, Anton Huber, Parsa Marvi, Helmut Rempp

Adressaten: Öffentlichkeit, SPD Fraktionen im Gemeinderat und im Verband Region Karlsruhe

Zukunft der Schiene gestalten – Menschen schützen

Positionspapier der SPD Karlsruhe zur Neu- und Ausbaustrecke Mannheim–Karlsruhe

Die SPD Karlsruhe bekennt sich klar zum Ausbau des Schienenverkehrs. Die Neu- und Ausbaustrecke Mannheim–Karlsruhe ist ein zentrales Infrastrukturprojekt für eine klimafreundliche Mobilität, für die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Lebensraums Mittlerer Oberrhein.

Gleichzeitig gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Infrastrukturpolitik gelingt nur mit den Menschen – nicht gegen sie. Die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der betroffenen Stadtteile, der Kommunen und der Region müssen verbindlicher Bestandteil der weiteren Planung sein.

1. Ja zum Schienenausbau – als Beitrag zu Klimaschutz und Verkehrswende

Die SPD Karlsruhe unterstützt grundsätzlich die Realisierung zusätzlicher Schienenkapazitäten zwischen Mannheim und Karlsruhe. Der Ausbau stärkt den europäischen Güterverkehrskorridor, schafft Voraussetzungen für mehr Personenverkehr und verbessert die Stabilität des Bahnnetzes.

Eine moderne Industriegesellschaft braucht leistungsfähige Bahnverbindungen. Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und gute Mobilität gehören zusammen.

Die Umsetzung des Projekts darf deshalb nicht unnötig verzögert werden. Zugleich muss die Planung so erfolgen, dass sie dauerhaft Akzeptanz in der Bevölkerung findet.

2. Maximale Entlastung der Menschen in Karlsruhe und der Region

Karlsruhe trägt bereits heute erhebliche Belastungen durch bestehende Verkehrsachsen. Zusätzliche Kapazitäten dürfen nicht bedeuten, dass einzelne Stadtteile dauerhaft zusätzliche Belastungen übernehmen müssen.

Die SPD Karlsruhe fordert deshalb:

- bestmöglichen aktiven Lärmschutz entlang neuer und bestehender Strecken,
- Schutz vor Erschütterungen,
- besondere Berücksichtigung der bereits belasteten Stadtteile,
- keine Verschlechterung der heutigen Lebensqualität,
- transparente Darstellung aller Auswirkungen.

Der Maßstab muss sein: Die neue Bahnstruktur muss am Ende zu einer Verbesserung gegenüber der heutigen Situation führen.

3. Den Planungsprozess konstruktiv begleiten – Verbesserungen verbindlich einfordern

Die von der Deutschen Bahn vorgestellte Vorzugsvariante R4 entlang bestehender Infrastrukturachsen ist auf der Gemarkung Karlsruhe identisch weiteren Varianten. Sie wird als Grundlage der weiteren Planung zur Kenntnis genommen.

Für die SPD Karlsruhe ist entscheidend, dass die weitere Ausgestaltung nicht allein nach technischen und wirtschaftlichen Kriterien erfolgt. Gleichrangig zu berücksichtigen sind:

- Gesundheitsschutz,
- Stadtentwicklung,
- Natur- und Landschaftsschutz,
- soziale Auswirkungen.

Die Festlegung einer Vorzugsvariante darf nicht bedeuten, dass alle Fragen der konkreten Ausgestaltung bereits entschieden sind. Insbesondere die Führung in sensiblen Bereichen Karlsruhes muss im weiteren Verfahren offen und anhand transparenter Kriterien bewertet werden.

4. Tunnelvarianten im Stadtgebiet ernsthaft und ergebnisoffen prüfen

Tunnel- oder Tieferlegungslösungen können einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung leisten. Bisher sieht die Variante R4 im Raum Karlsruhe nur oberirdische Lösungen vor.

Die SPD Karlsruhe fordert:

- Verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Dieser muss gleichrangig mit Kosten und Technik bewertet werden
- Tunnel-/ Tieferlegungslösungen müssen transparent geprüft und verglichen werden.

Für die SPD Karlsruhe bedeutet R4 nicht, dass oberirdische Lösungen automatisch gesetzt sind,

5. Keine isolierte Betrachtung: Karlsruhe braucht ein Gesamtkonzept

Die Strecke Mannheim–Karlsruhe endet nicht an einer planerischen Linie am Güterbahnhof. Entscheidend ist dabei die Verknüpfung des Bahnknotens Karlsruhe und der Ausbaustrecke nach Süden Richtung Basel. Die Stadtteile Weiherfeld, Bulach und Oberreut sind schon unter den aktuellen Bedingungen stark vom Güterverkehr auf den Zubringern vom Güterbahnhof auf die beiden Bestandsstrecken nach Rastatt durch Lärm und blockierte Bahnübergänge betroffen.

Die SPD Karlsruhe fordert deshalb ein übergreifendes Bahngesamtkonzept für den Raum Karlsruhe. Dieses muss beinhalten:

- Abstimmung aller Schienenprojekte im Raum Karlsruhe,
- Sicherung leistungsfähiger Personenverkehrsangebote,
- Entlastung bestehender Engpässe,
- Schutz der betroffenen Stadtteile.

Eine neue Güterverkehrsstrecke darf nicht dazu führen, dass Probleme lediglich verlagert werden.

6. Verantwortung von Bund und Land einfordern

Die Finanzierung eines menschen- und umweltgerechten Ausbaus darf nicht an den Kommunen hängen bleiben.

Bund und Land stehen in der Verantwortung, über gesetzliche Mindeststandards hinaus Lösungen zu ermöglichen, die langfristig tragfähig sind.

Wer mehr Verkehr auf die Schiene bringen will, muss auch bereit sein, in Akzeptanz, Schutz und Qualität zu investieren.

81 **Die SPD Karlsruhe steht für eine Bahnpolitik, die verbindet:**
82
83 **Mehr Schiene statt mehr Lkw.**
84 **Mehr Klimaschutz ohne soziale Ungerechtigkeit.**
85 **Mehr Zukunftsinfrastruktur mit Rücksicht auf die Menschen.**
86
87 **Wir wollen die Neu- und Ausbaustrecke Mannheim–Karlsruhe zu einem Projekt**
88 **machen, das ökologisch tragbar, wirtschaftlich sinnvoll und gesellschaftlich akzeptiert**
89 **ist.**